Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

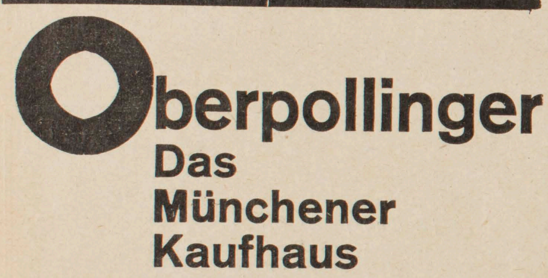
Das „Schächt"-Gesetz — Bemerkungen — Die Klagemauerfrage — Der Widerhall des Klagemauer-Beschlusses in der palästinensischen Presse — Unstimmigkeiten zwischen Zionistischer Exekutive und Administrative Committee der Jewish Agency — Gemeinsame Kampagne von Joint Distribution Committee und Jewish Agency — Aus der jüd. Welt — Roman-Beilage — Personalia — Gemeinden- u. Vereins-Echo — Spenden.

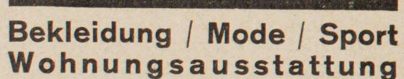
Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 4 | München, 24. Januar 1930 | 17. Jahrgang

1930 Wochenkalender 5690

	Januar	Tebeth	Bemerkungen
Sonntag	26	26	
Montag	27	27	
Dienstag	28	28	
Mittwoch	29	29	יום כפור קטן
		Schebat	
Donnerstag	30	1	ראש חדש
Freitag	31	2	
	Februar		
Samstag	1	3	וארא





Sonntag, den 26. Januar 1930, 20 Uhr, im Saal der Concordia, Prannerstraße 4

Erste gemeinsame und programmatische Veranstaltung der jüdischen Jugend in München zur

Gründung eines Jugendheimes

Herr Dr. Georg LUBINSKI, Berlin, spricht über die Aufgaben der jüdischen Jugend unserer Zeit.

Eintritt frei!

Jungzionistischer Arbeitskreis

Montag, den 27. Januar 1930, abends 8.30 Uhr, im Heim des K. J. V., St.-Anna-Straße 6, Ausspracheabend über

Nationalismus, Araberfrage und nationale Bewegungen im vorderen Orient

Referenten:
1. Nationalismus: Fräulein Isa Straus
2. Araberfrage und nationale Bewegungen im vorderen Orient: Herr Franz Prager

Das Jüdische Echo

Nummer 4 **24. Januar** **17. Jahrgang**

Das „Schächt"-Gesetz

Der Entwurf der Regierung

Wie wir in der letzten Nummer mitteilten, hat die bayerische Regierung einen Gesetzentwurf über das Schlachten von Tieren fertiggestellt und ihn auch bereits dem Landtag zugeleitet.

Dieser Entwurf bestimmt in Art. 1, daß Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel und Hunde beim Schlachten vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben sind. Auf Notschlachtungen, bei denen sich die Betäubung nach Lage der Verhältnisse nicht ausführen läßt, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Die näheren Vorschriften über das Schlachten der bezeichneten Tiere werden vom Ministerium des Innern erlassen (Artikel 2). Nach Artikel 3 werden Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz und die Vorschriften mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bedroht. Artikel 4 sieht vor, daß das Gesetz am 1. Oktober 1930 in Kraft tritt.

Das Gesetz soll nur für jene Schlachttiere Geltung haben, die nach dem Fleischbeschaugesetz vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung unterliegen. Weitere Schlachttiere, wie Geflügel, Kaninchen usw. dem Betäubungszwang zu unterstellen, hält die Regierung schon wegen der Schwierigkeit der Überwachung des Vollzugs nicht für angebracht.

Die Vollzugsvorschriften nach Artikel 2 des Entwurfs werden vorzuschreiben haben, daß in öffentlichen Schlachthäusern und den größeren sonstigen Schlachtbetrieben Großtiere und Schweine (ausgenommen Saugferkel) nur durch mechanisch wirkende Geräte, wie Schußbolzen usw. betäubt werden dürfen. Diese Betäubung auch für Schlachtungen außerhalb der bezeichneten Schlachtbetriebe anzuordnen, hält die Regierung wegen der dem Vollzug vielfach entgegenstehenden technischen und finanziellen Schwierigkeiten nicht für angebracht. Das Hinausschieben des Inkrafttretens des Gesetzes zum 1. Oktober 1930 (der Entwurf des Münchener Tierschutzvereins hatte den 1. April vorgesehen) geschieht deshalb, um den Schlachtbetrieben die für die Beschaffung der Betäubungseinrichtungen und die Betriebsumstellungen erforderliche Zeit zu geben.

In den Strafbestimmungen geht der Regierungsentwurf über jenen des Münchener Tierschutzvereines weit hinaus, der als Höchststrafe 1500 RM. oder sechs Wochen Haft vorgesehen hatte.

In der Begründung des Entwurfes wird besonders hervorgehoben, daß es der Willenskundgebung des Landtages entspricht, daß im Gesetz eine Ausnahme zugunsten des rituellen Schächtens im Entwurf nicht vorgesehen ist.

*

Der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden hat zu diesem Entwurf eine Eingabe an den Landtag gerichtet.

In dieser Eingabe wird ausgeführt, daß der Gesetzentwurf im Falle seiner Annahme den nach dem jüdischen Ritualgesetz Lebenden den Genuß des wertvollsten Nahrungsmittels unterbinde und kranken Menschen einen zu ihrer Wiederherstellung wichtigen Nahrungsstoff entziehe. Die israelitische Bevölkerung empfinde den Entwurf daher als einen Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit.

Eine Regelung durch ein einzelnes Land widerspreche nach dem Gutachten Prof. Dr. Dyroffs der derzeitigen Reichsgesetzgebung. Der durch Jahrtausende als religiöse Schlachtart geübte Halsschnitt stelle keine Tierquälerei dar, alle Erscheinungen, die am geschlachteten Tier auf Schmerzensäußerung hindeuten könnten, seien nur als reflektorisch entstanden zu betrachten. Die Versuche, die unternommen worden seien, um eine Betäubungsmethode ausfindig zu machen, die mit den religiösen Vorschriften vereinbar sei, seien noch nicht abgeschlossen und würden mit Nachdruck fortgesetzt.

Die Eingabe befürchtet im Falle des Zustandekommens des Gesetzes erhebliche wirtschaftliche Nachteile, besonders in den bayerischen Kurorten. Das Bestehen gleicher Gesetze in der Schweiz und in Norwegen könne nicht als maßgebend angesehen werden, da die Schweiz bei ihrer Kleinheit auch von auswärts versorgt werden kann, in Norwegen aber nur sehr wenige Juden leben. In keinem anderen Staate der Welt, auch in keinem deutschen Lande bestehe ein Schächtverbot. In Schottland finde neuerdings die den Betäubungszweck anordnende Schlachthofbill vom 3. August 1928 keine Anwendung bei den Schlachtungen für Juden und Mohammedaner durch religiös autorisierte Personen, sofern nur eine unnötige Quälerei mit der Schlachtung nicht verbunden sei. Es könne nicht angenommen werden, daß der bayerische Staat, der den religiösen Bedürfnissen der israelitischen Glaubensgemeinschaft jederzeit Rechnung getragen habe, heute einen solchen Gewissensdruck ausübe.

Aus diesen Gründen ersucht die Eingabe, der Landtag möge in dem Gesetz über das Schlachten von Tieren eine Ausnahme für das den israelitischen Kultusgemeinden obliegende rituelle Schlachten zulassen.

Bemerkungen

Die regierungsreifen Nationalsozialisten

Herr Dr. Frick, in München rühmlichst bekannt durch seine Seelenkämpfe zwischen Kahr und Hitler, ist in Thüringen tatsächlich Innenminister geworden, was ein grober Unfug ist, wie die „Frankfurter Zeitung" richtig bemerkt. In Mecklenburg sind die Nationalsozialisten ebenfalls an der Regierung beteiligt. Welches deutsche Land wird die nächste Regierung mit Nationalsozialisten bilden? Eine solche Frage hätte vor kurzer Zeit noch ganz akademisch geschienen — heute, wo in zwei deutschen Ländern nationalsozialistische

Vertreter bereits in der Regierung sitzen, wo in einem dritten deutschen Land, in Württemberg nämlich, soeben deutsche Volkspartei und — Demokraten (!) sich bereitgefunden haben, in eine Regierung mit dem Deutschnationalen Bazille zu gehen, den sie jahrelang mindestens ebenso heftig angegriffen haben, als ob er ein Nationalsozialist wäre — und der seinerseits über sie auch wahrscheinlich gar nicht so sehr anders denken wird — heute wird man wohl empfinden, daß die Nationalsozialisten prinzipiell regierungsreif geworden sind. Auch an diese bittere Vorstellung werden wir Juden uns gewöhnen müssen, so schwer sie uns fällt und so ungern wir daran glauben. Es ist dabei ein mehr als fragwürdiger Trost, daß die Suppe im allgemeinen nicht ganz so heiß gegessen, wie sie gekocht wird — an der Suppe des nationalsozialistischen Programms von einer nationalsozialistischen Verwaltung angerichtet, werden wir uns immer verbrennen.

Überlegt man, woher es kommt, daß die Nationalsozialisten gerade in der letzten Zeit so große und sichtbare Fortschritte machen konnten, so wird man Ursachen verschiedener Art finden: Die über alle Maßen skrupellose Propaganda, die noch immer ihre besten und zündendsten Agitationsstoffe aus persönlichen Angriffen und Verleumdungen bezieht, die reiche finanzielle Unterstützung, die ihnen aus, man weiß nicht welchen, Quellen zufließen muß und die sie in den Stand setzt, mit einer Großzügigkeit zu wirtschaften, die im deutschen Parteiwesen nicht ihresgleichen hat, die vom Parteistandpunkt aus absurde Führung der Deutschnationalen durch Hugenberg, die den Nationalsozialisten die eigenen Anhänger zu Tausenden zujagt, was bei allen Wahlkämpfen der letzten Zeit zu konstatieren war, — schließlich aber, und auch das muß man einsehen, wiewohl es schwer fällt, die sinnlose Zersplitterung des deutschen Parteiwesens, die mit wenigen Ausnahmen, klare Losungen kaum mehr kennt und in der politischen Praxis offenbar dazu führt, daß auch die scheinbar festeste Überzeugung aus taktischen Gründen, aus Machtgier oder auch aus Furcht, schamlos verleugnet wird. Denn die Nationalsozialisten sind keineswegs, wie man wohl aus dem Umstand schließen möchte, daß bisher mit ihnen verfeindete Parteien nun mit ihnen paktieren, zahmer geworden. (Nur vor Gericht, da sucht man Ausreden, da möchte man sich hinter die Immunität verkriechen, siehe Schweidnitz, da feiert die Feigheit Orgien, da wird sogar Herr Hitler relativ gemäßigt — aber war das nicht auch schon immer so?) Wer hat Stresemann die letzten Jahre seines Lebens verbittert, ihn zu Tode gehetzt? Die Nationalsozialisten! Und mit ihnen, noch dazu ausgerechnet mit dem als Vertreter präsentierten rechtskräftig verurteilten Putschisten Frick gehen die Herren von der Deutschen Volkspartei Thüringens in eine Regierung! Wo in einer Partei solche jämmerliche Schwäche sich breitmachen kann, darf man gewiß nicht erwarten, daß Grundsätze noch verteidigt werden, in solchen Händen ist auch die Verfassung nicht mehr harter Stein, sondern weich und knetbar wie Wachs.

Was können wir Juden tun? Untätig zusehen dürfen und wollen wir nicht, aber welche Dämme sollen gegen die Flut halten, wenn sogar die demokratische Partei, wie in Württemberg, nicht mehr sicher ist und ebenfalls ihre Grundsätze, ihre Würde — und ihre Juden gegen Beteiligung an der Macht verkauft. Gewiß, wir haben uns zu wehren gegen jeden Übergriff durch den Appell an das Gericht, wir müssen versuchen, durch jüdische Leistung in jeder Form Verständnis für das jüdische Problem zu verbreiten und wir müssen uns anstrengen, Mittel und Wege zu finden, die unseren Einfluß stärken und uns auch, wo immer es geht, für die Reichsverfassung einsetzen, die uns unsere Rechte garantiert. Aber Hilfe kann all das kaum bringen und entscheidende Änderungen nicht herbeiführen. Das liegt nicht in unserer Kraft. Ob eine prinzipielle Wandlung überhaupt kommen kann? Unmöglich scheint das nicht, aber wahrscheinlich nur dann, wenn das ganze deutsche Parteiwesen einer durchgreifenden Reform unterzogen wird — einer Reform, die ihrerseits abhängt von einer einschneidenden Änderung des Wahlverfahrens in Deutschland. Solange die Verhältniswahl die Existenz nicht nur aller vorhandenen Parteien garantiert, sondern die Gründung immer neuer Gruppen und Grüppchen erleichtert und unter Umständen sogar prämiiert — man kann ja so leicht das Zünglein an der Waage werden — solange die Vielzahl von Parteiungen die abenteuerlichsten Regierungsbildungen ermöglicht, solange werden die Nationalsozialisten nicht verschwinden, im Gegenteil an Zahl und an Einfluß zunehmen, auch im Reich. Selbst durch eine Reform in diesem Sinne würden sie gewiß nicht verschwinden, aber es ist nicht anzunehmen, daß sie weiterhin im Trüben fischen könnten, wenn wenige große Parteien mit klaren Programmen einander gegenüberständen, welchen Zustand eine Änderung des Wahlverfahrens vermutlich herbeiführen würde und noch weniger ist anzunehmen, daß sie dann jemals Aussicht hätten, in die Regierung zu gelangen — die große Mehrheit des deutschen Volkes ist, wie wir zuversichtlich hoffen, zu vernünftig, um sich von nationalsozialistischen Rattenfängern ins Verderben locken zu lassen.



Die Schächtfrage in Bayern

In Bayern sitzen die Nationalsozialisten nicht in der Regierung, das schließt nicht aus, daß sie durch geschicktes taktisches Vorgehen auch hier greifbare Erfolge erzielen; ihr bisher größter und damit gleichzeitig die so erwünschte Befriedigung ihrer erbärmlichen Schadenfreude fällt ihnen, wie zu fürchten ist, in diesen Tagen zu: Das Antischächtgesetz. Es ist darüber in diesen Blättern schon viel geschrieben worden, über die falsche Humanität, die es fertigbringt, Tierfreundschaft zu sagen und Judenfeindschaft zu handeln und auch über Hintergründe politischer Art wäre wohl noch manches zu sagen, die das Zustandekommen jenes Beschlusses vom 8. Juli 1926 ermöglichten, in Verfolg dessen nunmehr die bayerische Regierung dem Landtag das Gesetz über das Schlachten der Tiere zur Beratung vorlegt, das die rituelle Schächtung mit Geld- und sogar mit Gefängnisstrafen belegt; dies zu wieder-

holen hat heute keinen Sinn mehr. Der lange unverzagte Kampf des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden um freie Religionsausübung in Bayern hat keinen Erfolg gehabt; die Stimme der Wissenschaft hat man nicht gehört und auch das Argument vom Fremdenverkehr, das in Bayern ja wohl mehr gilt als Recht und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Religiosität, es wird in diesem Fall wohl nur taube Ohren finden. Noch ist allerdings das Gesetz nicht angenommen und man braucht daher die letzte Hoffnung nicht aufzugeben, daß wenigstens noch eine Ausnahmebestimmung für das Schächten eingefügt oder eine Verschiebung der Beschlußfassung durchgesetzt wird. Aber auch wenn das Gesetz, wie man leider annehmen muß, eine Mehrheit finden sollte, ist der Kampf um das Schächtverbot noch nicht zu Ende. Namhafte Juristen verfechten mit guten Gründen die Auffassung, daß die Regelung dieser Angelegenheit nicht Ländersache ist und daß auf jeden Fall die derzeitige Reichsgesetzgebung dem Verbot der rituellen Schlachtung durch ein Landesgesetz entgegensteht. Man müßte dann also zusehen, ob nicht in Deutschland ein Forum zu finden ist, Reichstag oder Staatsgerichtshof, das im Interesse der verfassungsmäßig gewährleisteten Religionsfreiheit sich gegen dieses Gesetz und seine Durchführung wendet. So unwahrscheinlich dies zunächst auch sein mag, die Möglichkeit läßt sich nicht abstreiten und sie herbeizuführen wird dann Aufgabe der gesamten deutschen Judenheit sein; die Entscheidung des Staatsgerichtshofs in der Angelegenheit der bayerischen Titelverleihungen hat gezeigt, daß die Bestimmungen der Reichsverfassung ihren Wächter finden, wenn es auch lang dauert, bis er in Aktion tritt und es ist kaum anzunehmen, daß die bayerische Regierung sich leichten Herzens noch einmal einem Prozeß aussetzt, den sie, wenn es rechtens zugeht, nicht gewinnen kann, und der unvermeidbar großen Prestigeverlust mit sich bringen würde. Bedauerlich bleibt für den Fall, daß in dieser Angelegenheit eine Reichsinstanz angegangen werden muß, das Fehlen eines aktionsfähigen Reichsverbandes der deutschen Juden. Der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden, der bisher die jüdischen Interessen tatkräftig und geschickt vertreten hat, wird zweifellos auch weiterhin tätig sein und doch sollte man jetzt schleunigst noch einmal versuchen, mit dem Preußenverband zu einer Einigung über die Organisation des Reichsverbandes zu kommen: schon morgen ist vielleicht seine Existenz, heute nur erwünscht und erhofft, aber durch allzu zahlreiche Sonderwünsche vereitelt, eine unumgängliche Notwendigkeit. — Werkzeuge aber kann man nicht erst dann schmieden, wenn man sie zu unaufschiebbarer Arbeit braucht. I. E

Die Klagemauerfrage

Der Völkerbundsrat setzt eine spezielle Kommission zu ihrer Lösung ein

Genf, 14. Januar. (JTA.) Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung mit Einstimmigkeit, bei Stimmenthaltung des Vertreters Persiens, Forenghi, den Beschluß gefaßt, gemäß dem Voranschlag der Mandatarmacht Palästinas, **eine spezielle Kommision einzusetzen, die die rechtliche Seite des Klagemauerstreits zwischen Juden und Arabern in Jerusalem untersuchen und die Rechte der beiden Parteien endgültig festlegen soll.**

Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

In dem Bestreben, die Mandatarmacht gemäß ihrer Bitte in die Lage zu versetzen, die Verantwortlichkeiten aus Artikel 13 des Palästniamandates unter den für die Sicherung der materiellen und moralischen Interessen der dem Mandate unterstellten Bevölkerung günstigsten Bedingungen zu übernehmen.

und in dem Wunsche, die Lösung der mit der Frage der Heiligen Stätten in Palästina zusammenhängenden Probleme, welche in Zukunft noch zu regeln sein werden, in keiner Weise vorweg zu nehmen,

und in der Meinung, daß trotzdem die Frage der Rechte und Ansprüche der Juden und Moslems bezüglich der Klagemauer dringend eine endgültige Regelung erfordern.

beschließt der Rat:

1. **Eine Kommission soll mit dieser Regelung betraut werden.**
2. **Diese Kommission soll aus drei Mitgliedern bestehen, die nicht britischer Staatsbürgerschaft sein sollen und von denen wenigstens eine Persönlichkeit durch bereits früher vollbrachte richterliche Funktionen für den Zweck besonders qualifiziert erscheint.**
3. **Die Namen der von der Mandatarmacht vorgeschlagenen Persönlichkeiten sollen dem Rate zur Bestätigung unterbreitet werden; wenn der Rat nicht mehr tagt, soll der Ratspräsident die Ratsmitglieder befragen.**



4. Die Aufgaben der Kommission sind beendet, sobald sie ihren Spruch über die oben angeführten Rechte und Ansprüche gefällt hat.

Über die Verhandlungen, die zu diesem Beschluß führten, wird der „Jüdischen Rundschau“ aus Genf berichtet:

Da Henderson nur drei Tage (Sonntag, Montag und Dienstag) in Genf verbleiben konnte, bat er den Rat um eine sofortige Erledigung des britischen Vorschlages bezüglich der Schaffung einer besonderen internationalen Schiedskommission für die Klagemauerangelegenheit. Gleich nach seiner Ankunft in Genf übermittelte er allen Mitgliedern des Rates ein umfangreiches Dokument, worin die britische Regierung ihren von der Mandatskommission abgelehnten Vorschlag noch einmal darlegt und verteidigt. Der darin, am Ende, enthaltene Alternativvorschlag unterscheidet sich vom ursprünglichen der Mandatskommission unterbreiteten Vorschlag dadurch, daß er anstatt der Einberufung einer ad-hoc-Kommission, die Einberufung der durch Art. 14 vorgesehenen Heiligen-Stätten-Kommission in Aussicht nimmt,

ihr jedoch vorläufig nur die Frage der Klagemauer zur Lösung übergibt.

Nach Lösung dieser Frage sollten die Mitglieder entlassen werden und ihre endgültige Zusammensetzung nachher, wenn eine Einigung darüber zustande kommt, vom Rate neu bestimmt werden.

In seiner Montagssitzung, als der Rat den Bericht der Mandatskommission entgegennahm, beschloß er die Frage des britischen Vorschlages bezüglich Palästina am folgenden Tage zu behandeln, um den Mitgliedern des Rates Bedenkzeit zu geben. Dasselbe wurde bezüglich eines Vorschlages Hendersons, die außerordentliche Tagung der Mandatskommission für einen späteren Termin — also nicht für März — einzuberufen, beschlossen.

Die im Laufe des nächsten Tages geführten vertraulichen Verhandlungen zwischen den Delegationen waren ziemlich schwierig und verworren. Die Annahme des britischen Vorschlages stieß auf besonders lebhaften Widerstand bei der italienischen und teilweise auch französischen Delegation. Die Italiener, die in dieser Sache gewiß den Standpunkt des Vatikans vertraten, sahen im britischen Vorschlag einen versteckten Ablösungsversuch des Art. 14 des Palästinamandats. Auch Frankreich und wahrscheinlich auch Spanien waren um das Los des Art. 14 beunruhigt.

Nach längeren Debatten hinter den Kulissen einigte man sich auf einen Kompromißvorschlag: Darnach soll sich die rechtliche Begründung zur Einberufung der Kommission nicht aus dem Art. 14, sondern aus dem Art. 13 des Palästinamandats herleiten.

Ansonsten wird aber die Kommission die Befugnisse der Heiligen-Stätten-Kommission und die Klagemauer-Affäre endgültig regeln.

Die Resolution des Rates wurde einstimmig — bei Stimmenthaltung des persischen Delegierten — angenommen.

Man darf erwarten, daß die Kommission noch im Laufe dieses Monats ernannt und nach Palästina fahren wird.

Was die außerordentliche Tagung der Mandatskommission anbetrifft, so hat der Rat Großbritannien aufgefordert,

sobald als möglich selbst das ihm am besten entsprechende Datum für März oder etwas später zu bestimmen,

wobei er darauf hinwies, daß der frühere Vorsitzende des Rats zu der Märztagung der Mandatskommission bereits seine Einwilligung gegeben hat.

Die Klagemauer-Kommission wird demnächst gebildet werden

Genf, 18. Januar. (JTA.) Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Großbritanniens, Dr. Hugh Dalton, der an der Seite des Außenministers Henderson England bei den Völkerbundberatungen in Genf vertrat und nach Hendersons Abreise als der Hauptvertreter Englands in Genf verblieben ist, erklärte in einem Gespräch mit dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur:

Die britische Regierung wird bestrebt sein, ihren Vorschlag hinsichtlich der Zusammensetzung der Dreier-Kommission zur Entscheidung in der Klagemauer-Angelegenheit so rasch als nur möglich dem Völkerbund zu unterbreiten. Die britische Regierung sieht die Notwendigkeit schnellen Handelns in dieser Sache ein.

Vertreter der Araber beim Präsidenten des Völkerbundsrates Zaleski

Genf, 18. Januar. (JTA.) Der Präsident des Völkerbundsrates und Minister des Äußeren der polnischen Regierung, Zaleski, empfing die Vertreter der arabischen syrisch-palästinensischen Delegation, Emir Arslan und Ibsan El Djabri, die ihm den arabischen Standpunkt bezüglich der Klagemauer-Angelegenheit dargelegt haben. Zaleski gab der Delegation die Versicherung, daß die gemäß Beschluß des Völkerbundsrates zu schaffende Kommission ihre Entscheidung absolut unparteiisch treffen wird und daß die Araber ihr volles Vertrauen entgegenbringen mögen.

Der Widerhall des Klagemauer-Beschlusses in der palästinensischen Presse

Jerusalem, 18. Januar. (JTA.) Der vom Völkerbundsrat angenommene britische Vorschlag auf Einsetzung einer Dreierkommission zur Feststellung der jüdischen und mohammedanischen Rechte an der Klagemauer wird in der jüdischen Presse Palästinas lebhaft kommentiert.

„Dawar“ schreibt: Die Heiligen Stätten in Palästina einschließlich der Klagemauer bilden ein besonderes Kapitel innerhalb des Palästina-Mandats. Daß der Völkerbund vor mehreren Monaten dem durchaus gerechtfertigten Vorschlag der britischen Regierung auf Einsetzung einer internationalen Kommission zur Regelung des Klagemauer-Problems nicht seine Zustimmung gegeben hat, bedeutet einen Mangel an Verständnis für die besonders schweren, durch den Klagemauer-Konflikt geschaffenen Verhältnisse, die voller Gefahren für das Land sind. Wir hoffen, schreibt „Dawar“, daß die Kommission mutig an das Problem herangehen wird und zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen dem Erbe von Jahrhunderten und formalem Besitzrecht zwischen den Hoffnungen und Tränen eines Volkes und verbrecherischen politischen Manövern unterscheiden wird.

„Haarez“ führt aus: Die Klagemauer-Kommission wird Zeugnisse abwägen und Dokumente prüfen, die den Status quo und die juristischen Verhältnisse an der Klagemauer betreffen. Ist das der Weg, das Anrecht des jüdischen Volkes auf den einzigen Überrest seines glanzvollen Nationaldenkmals festzustellen? Hat nicht Oberrabbiner Kook in seiner Aussage vor der Shaw-Kommission gesagt, eine Beweisführung zugunsten des jüdischen Anrechtes auf die Klagemauer gliche dem Versuch, dem Sonnenlicht mit einer brennenden Kerze zu Hilfe zu kommen? Nichtsdestoweniger, schließt das Blatt, werden wir den Urteilsspruch annehmen, weil wir in diesem Tal der Tränen nicht absolute Gerechtigkeit suchen, von der Kommission vielmehr bloß erwarten, daß sie die Hindernisse hinwegräumt, die Übelwollende uns in den Weg gelegt haben.

„Palestine Bulletin“ vergleicht die Gerüchte, die Juden wollten die Omar-Moschee in Besitz nehmen, um an ihrer Stelle den Tempel wieder aufzubauen, mit den Legenden aus Cromwells Zeiten, die den Juden damals die Absicht unterschoben, sie hätten die St.-Pauls-Kathedrale erwerben wollen, um sie in eine Synagoge umzuwandeln. In diesem Zusammenhang erinnert „Palestine Bulletin“ daran, daß die Moslems vor 45 Jahren bereit waren, die Besitzrechte an der Klagemauer Sir Moses Montefiore zu verkaufen. Es ist ein unglückseliger Zustand, sagt das Blatt, daß wir nach Genf gehen und eine internationale Kommission zur Regelung einer Frage erbitten müssen, die sehr einfach liegt: Anrecht der Juden, an der Klagemauer zu beten. Möge die Kommission nur schnell an ihre Arbeit gehen und ihren Bericht ohne Verzug veröffentlichen.

„Doar Hayom“ sieht in der Einsetzung einer speziellen Klagemauer-Kommission durch den Völkerbundsrat den ersten Versuch einer grundsätzlichen Untersuchung des Klagemauer-Status. Die Entscheidung der Kommission werde die jüdischen und arabischen Rechte an der Mauer endgültig bestimmen. Um so wichtiger sei es, sofort an die Sammlung all der Dokumente heranzugehen, die unsere Rechte an der Mauer beweisen, wenn wir nicht wieder die verlierende Partei sein wollen.

Unstimmigkeiten zwischen Zionistischer Exekutive und Administrative Committee der Jewish Agency

Berlin, 19. Januar. (JTA.) Die „Jüdische Rundschau“, Organ der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“, knüpft an das Schreiben des Präsidenten des Administrative Committee der Jewish Agency, Felix M. Warburg, an die Mitglieder dieses Komitees, in welchem die Gründe der Verschiebung der Komitee-Sitzung bekanntgegeben werden, einen Kommentar, in welchem es u. a. heißt:

„Aus diesem Brief ist unschwer eine gewisse Verstimmung herauszulesen, deren Grund u. a. darin zu suchen sein dürfte, daß über Zeit und Ort der Sitzung Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Neuyork bestanden zu haben scheinen. Darüber hinaus aber besteht offenbar bei Herrn Warburg eine andere Auffassung über die Rolle der verschiedenen Organe der Jewish Agency als bei der Zionistischen Organisation. Schon in Zürich waren diese Unterschiede merkbar, die ihren Grund weniger auf jüdischem Gebiet haben dürften, als in der Verschiedenheit der organisatorischen Gewohnheiten in Europa und Amerika. Die Amerikaner waren schon in Zürich der Ansicht, daß das bestimmende Organ der Agency das Administrative Committee sei, das in allen grundsätzlichen Fragen, vor allem auch bezüglich der Geldaufbringung, entscheidet, während die Exekutive nur ein ausführendes Organ ist. Die zionistische Praxis jedoch gibt der Exekutive viel weitergehende Vollmachten, schon weil in einer Volksbewegung wie der zionistischen, Exekutive mit Führung identisch ist.... Bei den Amerikanern besteht vielfach die Meinung, das Präsidium des Administrative Committee sei eine ausführende Instanz, so daß es gewissermaßen zwei exekutive Stellen gäbe. Diese Mißkonzeption zeigte sich auch der Öffentlichkeit in verschiedenen Symptomen, die bisher teils wenig beachtet, teils mißverstanden wurden. So wurde z. B. seitens des Präsidiums des Administrative Committee seinerzeit ein eigener Rechtsanwalt für die Jewish Agency engagiert und aus Amerika nach Palästina geschickt, um die Agency vor der Untersuchungskommission zu vertreten. Inzwischen hatte jedoch bereits die Londoner Exekutive Sir Boyd Merriman mit der Vertretung betraut, so daß der amerikanische Advokat Goldstein unverrichteter Dinge zurückkehren mußte. Ein anderer Kompetenz-Konflikt zeigte sich in der Frage der Verwaltung der gesammelten Hilfsgelder. Das Präsidium des Administrative Committee zeigte die Tendenz, direkt (d. h. unter Ausschaltung der Zionistischen Exekutive) mit der palästinensischen Bevölkerung zusammenzuarbeiten und sich dabei auf den Waad Leumi zu stützen, dessen gegenwärtiger Präsident Rutenberg ohnedies seit Jahren nicht in den besten persönlichen Beziehungen zur Zionistischen Exe-

kutive lebt. Und um schließlich noch eine dritte Episode zu erwähnen, die erregend gewirkt hat, sei darauf hingewiesen, daß die Affäre Magnes, die in der zionistischen Öffentlichkeit besonders Amerikas stark aufgebauscht wurde und in der Zionistischen Exekutive in London großen Unwillen hervorrief, ihre Schärfe dadurch erhalten hat, daß Dr. Magnes sogar in politischen Fragen das Präsidium des Administrative Committee als kompetente Stelle angesehen zu haben scheint, worin die politische Exekutive eine Brüskierung erblikken mußte. Dies sind nur Beispiele, welche die Verwirklichung des organisatorischen Verhältnisses illustrieren sollen."

Der Artikel der „Jüdischen Rundschau" schließt: „Eines muß mit großem Nachdruck betont werden: Wenn auch Meinungsverschiedenheiten sich herausgebildet haben, so beziehen sie sich nicht auf grundsätzliche Fragen der Palästinapolitik oder des Palästinaaufbaus. An dem fundamentalen Programm der Agency hat sich nichts geändert, ebenso wenig an der Bereitschaft unserer nichtzionistischen Partner, mit vollem Herzen mitzuarbeiten. Es ist erfreulich, daß Warburg in seinem Brief gerade die positive Arbeit der letzten Zeit unterstreicht. Die Schwierigkeiten ergeben sich lediglich aus dem Zusammenschluß organisatorisch einander fremder Bestandteile zu einem neuen Gebilde, für das es keine Erfahrungen und keinen Präzedenzfall gibt. Solche Fragen aber, so sehr sie auch die Stimmung der Alltagsarbeit beeinflussen, sind letzten Endes sekundärer Natur. Aber es sind Fragen des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses, vor allem der energischen Bekämpfung aller etwa vorhandenen dunklen Kräfte, die Mißtrauen zu säen versuchen. Wir sind überzeugt, daß es Dr. Weizmann gelingen wird, bei seiner Anwesenheit in Amerika die bestehenden Mißverständnisse restlos zu beseitigen und dort wieder anzuknüpfen, wo — nach Zürich — die Entwicklung unterbrochen wurde. Die Jewish Agency bedarf gerade jetzt der Konzentration aller Kräfte, der Notstand ist noch nicht vorbei, und die gesamte zionistische Welt, deren Wünsche Dr. Weizmann auf seiner Reise begleiten, erwartet, daß eine den Interessen des seine Nationale Heimstätte aufbauenden jüdischen Volkes entsprechende Lösung gefunden wird."

Gemeinsame Kampagne von Joint Distribution Committee und Jewish Agency

Ziel-Aufbringung von sechs Millionen Dollar im Jahre 1930, davon gehen 2½ Millionen für Palästina ab

Neuyork, 19. Januar. (JTA.) In einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern des Joint Distribution Committee und Vertretern der Jewish Agency wurde ein Abkommen getroffen, demzufolge im Jahre 1930 in einer gemeinschaftlichen Kampagne 6 Millionen Dollar aufgebracht werden sollen. Dieses Abkommen unterliegt, wie der JTA. vom Vorsitzenden der Joint Distribution Committee und des Administrative Committee der Jewish Agency, Herrn Felix M. Warburg, mitgeteilt wird, noch der formalen Bestätigung durch das Executive Committee des Joint, das in kürzester Zeit hierüber Entscheidung zu treffen haben wird. Von den aufzubringenden 6 Millionen Dollar sollen 3½ Millionen dem Joint für die durch ihn laufend zu leistende Wiederaufbauarbeit zur Verfügung stehen; 2½ Millionen sollen der Jewish Agency zur Verwendung im Rahmen ihres im vergangenen Sommer in Zürich angenommenen Aktionsprogramms übergeben werden.

Auf Grund dieser Vereinbarung werden sich zum erstenmal diejenigen Kreise, die bisher zu dem Hilfswerk des Joint beigetragen haben, und die Kreise, die innerhalb und außerhalb des Rahmens der zionistischen Organisation für Palästina tätig gewesen sind, in der Organisation einer großen einheitlichen Sammel-Kampagne für beide Zwecke vereinigen. Die gesamte Überwachung und Leitung der 6-Millionen-Dollar-Kampagne soll in die Hände eines Komitees, das sich aus den Herren Paul Baerwald, David Breßler, Richter William M. Lewis und Morris Rothenberg zusammensetzt, gelegt werden. Diesem engeren Komitee wird ein breiteres Advisary Committee zur Seite stehen, dem prominente Führer des amerikanischen Judentums angehören werden. In kurzer Zeit werden von Herrn Felix M. Warburg die Namen der Ehrenpräsidenten und die der anderen Ehrenbeamten der Kampagne bekannt gemacht werden. Die Abmachung ist nach vorangegangenen Beratungen mit der Zionistischen Organisation von Amerika, Hadassah und Misrachi getroffen worden, die ihre volle Mitwirkung an der Kampagne zugesichert haben.

Aus der jüdischen Welt

Neukonstituierung des Vorstandes der jüdischen Gemeinde Berlin

Berlin, 16. Januar. (JTA.) Nachdem in der letzten Sitzung der Repräsentantenversammlung der Berliner jüdischen Gemeinde die nach dem Turnus Ende 1929 ausgeschiedenen und wiedergewählten Mitglieder des Vorstandes, Kammergerichtsrat Leo Wolff, Kommerzienrat Gerson Simon, Rechtsanwalt Dr. Max Kollenscher, Prof. Dr. Seligmann und James Goldschmidt, durch den Vorsitzenden, Geheimrat Dr. Julius Stern, wiedereingeführt und verpflichtet wurden, hat sich der Vorstand in seiner am 14. Januar abgehaltenen Sitzung neu konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Direktor Georg Kareski, zu stellvertretenden Vorsitzenden Kammergerichtsrat Leo Wolff und Kommerzienrat Gerson Simon wiedergewählt.

Prozeß Centralverein gegen Münchmeyer

Berlin, 16. Januar. (JTA.) Vor dem Amtsgericht Amberg (Oberpfalz) war am 13. Januar Termin zur Verhandlung der Beleidigungsklage angesetzt, die die beiden Vorstände der Ortsgruppe Amberg des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Kaufmann Bloch und Studienassessor Godlewski, gegen den früheren Pfarrer Münchmeyer auf Borkum erhoben hatten. Nachdem Münchmeyer drei Verhandlungsterminen ausgewichen war, erschien er zum vierten Termin selbst, befolgte aber auch dies-

DER LETZTE WALDJUDE

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

40. Fortsetzung

In Polen bleiben konnte Mordechai nicht mehr. Er wunderte sich selbst, daß der Wunsch, ins Ausland zu gehen, in ihm geschwunden war und einer völligen Gleichgültigkeit Platz gemacht hatte. Hätte nicht Felicia alle Pläne für seine Flucht aus Polen vorbereitet, er hätte sich nicht vom Platze gerührt, wäre in Kozk geblieben und hätte weiter mit sich gekämpft, ob er sich der Polizei stellen solle oder nicht. Endlich war er entschlossen, nach Paris zu gehen, obwohl er durchaus nicht wußte, was er dort anfangen sollte und auch die Sprache nicht kannte. Vielleicht war für seine Wahl der Umstand maßgebend, daß Kahane ebenfalls hinfuhr und daß es in Paris eine große polnische Kolonie gab. Wie immer dem sein mochte, jedenfalls stand es bei Mordechai fest, Polen zu verlassen, sowie er sich nur Geld beschafft haben würde.

Er ging in den Gasthof zu Schaft; den traf er bei einem Topfe Zichorienkaffee, einem Schwarzbrot und einer Zwiebel.

„Das ist ein Gast!" Schaft erhob sich, rückte den Tisch ans Bett und bot Mordechai den Stuhl an. „Nimm Platz, willst du vielleicht mithalten?"

„Ich danke, ich habe soben gegessen."

„Selbst wenn du hungrig wärest, würdest du dann mithalten?" Schaft rieb die Hände an seinen Pelzhosen ab und runzelte die Stirn. „Schamai genügt eine Zwiebel und ein Topf Zichorienkaffee, aber du, Reb Abrahams Sohn! Sag' die Wahrheit, was esset ihr zum Frühstück, Marzipan?"

„Ihr seid ja heute der reinste Plaudersack, Schamai?" Mordechai lächelte.

„Der Kummer spricht aus mir, Mordechai! Schon zweimal wollte ich nach Hause fahren und mußte umkehren! Man ist ja seines Lebens nicht sicher, man kann erschlagen werden! Der Pöbel ist wild geworden und will nicht mehr arbeiten, ist aller Bande frei und ledig! Das erinnert mich an die Geschichte, wie die Hände aufgehört haben, dem Kopf zu gehorchen, da ist eine Wirtschaft herausgekommen! Und wir haben auch eine schöne Wirtschaft, was? Der Bauer will Herr werden! Und man erzählt noch," er dämpfte seine Stimme, „daß unsere Leute dabei auch die Hand im Spiele haben... daß überall unsere Juden dabei sein müssen... es ist ein Unglück, ich sage dir's! Wer von beiden auch siegt, wir zahlen in jedem Falle die Zeche. Der Bauer rebelliert, der Gutsherr rebelliert, aber wer leidet darunter? Wir! Ich muß dringend zu Hause sein und sitze da... jetzt freilich würde ich ohnedies nicht fahren, denn mit dem Rabbi steht es schlecht."

„Er ist wieder krank geworden?" — fragte Mordechai.

„Es steht sehr schlecht, Mordechai... er hat keinen Blutstropfen mehr in sich... es ist sehr schlimm..."

Mordechai stand auf und begann sofort mit dem Zweck seines Besuches:

„Schamai, ich brauche die fünftausend Gulden..."

„Wer hat heutzutage eine solche Summe?" — unterbrach ihn Schaft, erhob sich und setzte sich wieder auf das Bett. — „Ich will dir die Wahrheit sagen... aber warum stehst du, sitz' doch! Ich habe aufgehört, Geld zu verleihen, sogar dem reichsten Gutsherrn borge ich nicht mehr! Bei diesen Zeiten, wer weiß, was morgen geschieht? Ich glaube — besser die paar Gulden nicht aus der Hand zu geben . . . Aber mit dir, siehst du, ist es natürlich etwas anderes! Dem Sohne Reb Abrahams will ich gern eine Gefälligkeit erweisen... aber nicht soviel, ich habe es wirklich nicht... mein ganzes Vermögen steckt bei den Gutsherren in den Höfen... und das Getreide ist entweder verbrannt oder verfault — natürlich, wenn der Bauer nicht arbeitet! Eine schöne Wirtschaft herrscht jetzt in Polen, eine schöne Wirtschaft; ja, was wollte ich sagen? Ja — dreitausend kann ich dir geben."

„Meinetwegen dreitausend." — Mordechai war sofort einverstanden.

Schamai schrieb ein paar Worte auf ein Papier und reichte es Mordechai.

„Sei so gut und unterschreibe das. Es ist besser, wenn ein Schuldschein da ist..."

Mordechai las den Schein durch und zuckte lächelnd die Achseln.

„Ihr gebt mir dreitausend und stellt einen Schein auf sechs aus?"

„Entschuldige, aber du sprichst wirklich nicht wie ein Kaufmann.“ — Schaft faßte Mordechai beim Rockzipfel — „Hör' zu, Schamai borgt dem Sohne des Reb Abraham dreitausend Gulden, nun ist die Frage, worauf er sie ihm borgt, ich meine, auf welche Unterlagen? Auf die Güter etwa oder auf das bewegliche Vermögen?“ — Schaft zog nachdenklich an seinem kurzen Bart, als handelte es sich um ein schweres Problem. „Und daß Reb Abrahams Sohn erst in zwei Jahren volljährig wird, das bedeutet gar nichts?... Da kann man es Schamai doch nicht übelnehmen, wenn er sich eine Sicherheit schaffen will — nun, was sagst du? Aber ich gebe dir mein Ehrenwort, daß ich mehr als dreitausend Gulden von dir nicht nehmen werde...‘

Gleichgültig unterschrieb Mordechai. Dann sah er zu, wie Schamai Streusand auf die Unterschrift schüttete, langsam eine lederne Brieftasche hervorzog und mit besorgter Miene zu zählen begann; bei jeder Banknote stieß er einen Seufzer aus, als wäre es ihm schwer, sich von dem Gelde zu trennen. Er traute seinen Händen nicht und zählte die Summe einige Male durch; als Mordechai das Paket mit dem Gelde in die Tasche stecken wollte, zwang er ihn, noch einmal nachzuzählen.

Mordechai verabschiedete sich von Schamai; er hatte die Absicht, Kahane aufzusuchen und ihm zu sagen, sie könnten morgen früh reisen. Da erinnerte er sich des Rabbi und ging nach dem Hofe zu.

Seit zwei Wochen schon hatte Rabbi Mendele das Bett nicht verlassen. Seine Kräfte schwanden immer mehr. Außer Reb Itsche wollte er niemanden sehen und ließ sogar das Zimmer nicht aufräumen. Es hing voll Spinngewebe, auf dem Fußboden sprangen Mäuse umher, und sie waren so zutraulich geworden, daß sie beim Bette des Rabbi stehenblieben und ihre Köpfe daran rieben, als bäten sie um etwas. Am Hofe war man des festen Glaubens, es seien sündige Seelen, die der Erlösung bedürfen.

Reb Itsche legte unaufhörlich Holz im Ofen nach. Als das Feuer mächtig aufflammte, zog Rabbi Mendele einen Schlüssel unter dem Kissen hervor und rief Reb Itsche:

„Da, nimm die Manuskripte aus meinem Koffer und verbrenne sie! Was schaust du so? Verbrenne Sie, hörst du! Der Buchdrucker hat schon genug gedruckt! Es ist niemand da, für den man schreiben könnte! Hör', Itsche, ich ersticke... die Welt stinkt mir... Nun, worauf wartest du? Wirf alles ins Feuer!“

Reb Itsche warf ein Manuskript nach dem andern ins Feuer; als er das letzte hineingeworfen hatte, lachte Rabbi Mendele leise und trocken auf, daß es Reb Itsche durch Mark und Bein ging.

„Ein Leben lang gearbeitet, spekuliert, eine Welt erneuern wollen, den Moschiach bringen — nun frage ich dich — wozu? Ein kleines Feuer und der wahre Mendele ist nicht mehr da. Nur ein paar kranke Knochen sind geblieben! Habe ich nicht recht, Itsche?“ — Der Rabbi faßte ihn bei der Hand. — „Habe ich nicht recht, daß der Mensch ein Stinker ist? Nun, warum schweigst du?“

Der Rabbi öffnete die Augen und richtete sich plötzlich auf:

„Hast du schon alles ins Feuer geworfen, alles?“

„Alles, Rabbi.“

„Schade, schade!“ — Rabbi Mendele wand sich, als litte er furchtbare Schmerzen.

„Was ist Rabbi? Was ist geschehen?“

„Gar nichts, gar nichts... Zwischen den Manuskripten war auch mein ‚Buch vom Menschen‘; diese Schrift war nur eine Seite lang und hat den ganzen Menschen enthalten ... schade, schade, die Schrift vom Menschen wollte ich hinterlassen...“

„Wenn sie nur eine Seite lang ist, Rabbi, so kann man sie ja noch einmal schreiben,“ — wollte Reb Itsche den Rabbi beruhigen.

„Man kann es nicht, man kann es nicht,“ — wiederholte der Rabbi eigensinnig und rieb sich die Stirn — „ich erinnere mich nicht, ich erinnere mich nicht mehr...“

Kraftlos und stöhnend sank er auf das Kissen und schloß die Augen. Reb Itsche bemühte sich um ihn. Als die Chassidim, welche vor dem Fenster standen, sahen, daß der Rabbi zusammengesunken war, begannen sie an die Scheiben zu klopfen und zu wehklagen.

Der Rabbi öffnete die Augen und richtete seinen Blick zum Fenster, durch das das Wehklagen drang, und nickte Reb Itsche zu:

„Siehst du den Auflauf? In meiner Jugend, als ich mich darum bemühte, da wollte das Gesindel von mir nichts wissen! Ihre Freude war unendlich, als ich, Mendele, vor ihren Augen strauchelte, und der Ischbitzer hat den ganzen Pöbel an sich gezogen! In seinem Innern haßt eben jeder Mensch einen Zaddik und freut sich, wenn er einen ehrlichen Mann bei einer Sünde ertappen kann! Aber wozu braucht man sie? Wer braucht sie, ich frage dich, wer braucht sie? Wenn ich von neuem anfangen könnte,“ sprach Rabbi Mendele, lebhaft geworden, „weißt du, was ich täte? Ich nähme mir ein paar hundert junge Leute, setzte ihnen Streimel aus Krautköpfen auf und ließe sie von den Dächern Tag und Nacht schreien: Die Welt stinkt, die Welt stinkt...“

Fortsetzung folgt

mal die Taktik der Verschleppung. Im Laufe der Verhandlung, die sich über drei Stunden hinzog, und der eine große Zuhörermenge beiwohnte, stellte Münchmeyer Widerklage gegen die beiden Privatkläger, weil diese in einer Publikation behauptet hätten, er, Münchmeyer, sei wegen würdelosen Verhaltens als Geistlicher seines Amtes enthoben worden, und es sei schlimm um eine politische Partei bestellt, die sich einen solchen Mann als Führer gefallen lasse. Der Widerklage, die auch dem Willen der Kläger entspricht, wurde stattgegeben. Auf Antrag der Kläger wurde dann zum Zwecke der Beschaffung von weiterem Beweismaterial gegen Münchmeyer die Verhandlung ausgesetzt und auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Senat der Münchener Technischen Hochschule setzt den Numerus-clausus-Beschluß des Asta außer Kraft

München, 16. Januar. (JTA.) Der Asta (Allgemeiner Studenten-Ausschuß) der Münchener Technischen Hochschule hat im vergangenen Sommer einen Antrag der nationalsozialistischen Studenten auf Einführung des Numerus clausus für jüdische Studierende angenommen, obwohl dieser Beschluß der Würzburger Studentenverfassung widersprach. Der Senat der Technischen Hochschule hat nunmehr den Beschluß des Asta als unzulässig außer Kraft gesetzt.

Antisemitische Hetze der Nationalsozialisten an der Berliner Technischen Hochschule

Berlin, 16. Januar. (JTA.) Am Freitag früh wurde vor der Technischen Hochschule in Charlottenburg von nationalsozialistischen Studenten ein Flugblatt verteilt, das in übelster antisemitischer Weise gegen einen Dozenten der Technischen Hochschule, Prof. Dr. Ing. Riebersahn, hetzt. Prof. Riebersahn ist vom Senat der Technischen Hochschule das Referat für die Samstag nachmittag stattgefundene offizielle Reichsgründungsfeier übertragen worden. Der Rektor der Technischen Hochschule hat erklärt, daß er das Flugblatt bereits kenne und die Verteiler habe zu sich kommen lassen.

65 jüdische junge Leute in Kowno verhaftet

Kowno, 16. Januar. (JTA.) 65 jüdische Jünglinge und Mädchen wurden in Kowno bei dem Versuch, eine Straßendemonstration für Abschaffung der Todesstrafe bei politischen Verbrechen zu veranstalten, von der Polizei verhaftet. Im Gefängnis wurden die männlichen und weiblichen Häftlinge fürchterlich mißhandelt. Sie sehen einer harten Bestrafung entgegen, da Straßenkundgebungen in Litauen unter das Kriegsgesetz fallen.

Aufhören jeder individuellen jüdischen Kolonisation in der Sowjetunion

Moskau, 15. Januar. (JTA.) Gemäß einer soeben vom Kommissariat für Landwirtschaft erlassenen Verordnung hört jede Kolonisierung einzelner „Binnenwanderer“ in den Ländern der Sowjetunion auf. In Zukunft wird kein einziger Siedlungswerber mehr auf dem Lande angesiedelt werden. Das gesamte neue Siedlungswesen geschieht in der Form der Kollektiven, und zwar in der Weise, daß ganze Gruppen auf Gemeinschaftsboden angesiedelt werden und auch die Produktionsmittel gemeinschaftlich sind. Somit hört das System der Ansiedlung von Juden als individuelle Kolonisten vollständig auf. Die jüdischen Organisationen, die bis jetzt die Ansiedlung von Juden nach individuellem Prinzip durchgeführt haben, haben sich schon früher in Erwartung dieser Verordnung auf das Kollektivsystem eingestellt.

Dem Verlangen der Sowjetregierung der Republik Krim entsprechend, werden sich sämtliche jüdischen Kolonien der Krim in der nächsten Zeit in Kollektiven umwandeln.

Moskau, 14. Januar. (JTA.) Bei einer Sitzung des Präsidiums der privaten Gesellschaft für jüdische Kolonisation Ozet wurde beschlossen, allen Ozet-Abteilungen in der Sowjetunion die Weisung zu erteilen, die Regierung in dem Werk der Kollektivisierung zu unterstützen und die Möglichkeit zu schaffen, alle antisowjetistisch gesinnten jüdischen Kolonisten aus den Kolonien zu entfernen.

Staatsorgane sabotieren die Verordnung über Verbesserung der Wirtschaftslage der Juden

Moskau, 14. Januar. (JTA.) Der Beschluß des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, betr. Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Juden in den Städten, kann infolge der Sabotage seitens der Vertreter von vielen staatlichen und kooperativen Organen nicht durchgeführt werden. Die zur Beratung über solche Maßnahmen einberufenen Konferenzen werden von vielen Organisationen nicht beschickt. Die Regierungsgesellschaft Komzet hat Maßregeln getroffen, um die betr. Organisationen zu zwingen, den Beschluß des Rates der Volkskommissare in die Wirklichkeit umzusetzen.

99 Synagogen in den ersten 8 Monaten 1929 in Rußland geschlossen — Smolensk und andere große Städte ohne Synagoge

Moskau, 19. Januar. (JTA.) Nach einer offiziellen Feststellung sind in den ersten 8 Monaten des Jahres 1929 in dem Gebiet der Sowjetunion 99 Synagogen beschlagnahmt worden. Im Jahre 1928 wurden insgesamt 59 Synagogen beschlagnahmt. Smolensk und viele andere größere Städte sind ohne eine einzige Synagoge geblieben.

Moskau, 17. Januar. (JTA.) „Emeß“ berichtet, daß im Verlaufe des Dezember 1929 21 Synagogen in Arbeiterklubs usw. verwandelt worden sind, davon 5 in Homel und 3 in Uman. 14 neuen Gesuchen um Beschlagnahme von Synagogen wurde vom Zentralexekutivkomitee der Sowjets im Laufe des gleichen Monats stattgegeben.

Schändung des jüdischen Friedhofs in Saloniki — 67 Grabsteine zerstört

Saloniki, 19. Januar. (JTA.) Ein Teil des historisch wertvollen jüdischen Friedhofs in Saloniki, und zwar der Teil, der die Begräbnisstätte der berühmten Familie Allatini einschließt, ist in rohester Weise entweiht worden. 67 Grabsteine wurden zertrümmert, die Gräber wurden besudelt. Ein Teil der Umfassungsmauern des Friedhofs ist ebenfalls zerstört worden. Auf Ersuchen der Gemeinde hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet, die bisher ohne Ergebnis geblieben ist, da keiner der Täter gefaßt wurde.

Die Gegensätze im arabischen Lager überbrückt

Jerusalem, 51. Januar. (JTA.) Nach einer Aussprache zwischen den arabischen Führern, an der auch Musa Kazim Pascha teilgenommen hat, sollen — wie von arabischer Seite mitgeteilt wird — die Mißhelligkeiten zwischen den beiden Flügeln der arabischen Exekutive, die in der bekannten Pressefehde und in den Amtsniederlegungen Ausdruck gefunden haben, nunmehr beigelegt worden sein. Musa Kazim Pascha, Jakub Furadschi und Moghanan Effendi haben ihre Rücktrittsserklärungen zurückgezogen und behalten ihre Ehrenämter als Präsident, bzw. Vizepräsident, bzw. Sekretär der arabischen Exekutive. Auch die Verzichterklärungen von Auni Bey Abdul Hadi und Ragheb Bey Nashashibi auf die Mitgliedschaft in der nach London sich begebenden arabischen Delegation sollen zurückgenommen worden sein. Der Bürgermeister von Jerusalem, Ragheb Bey Nashashibi, ist jetzt, wie verlautet, bereit, mit der Delegation nach London zu fahren.

Diese Lösung scheint aber die Anhänger Musa Kazim Paschas nicht voll zu befriedigen. So verlangt „Felestin“ eine Vollsitzung der Palästinensich-Arabischen Exekutive und die Abhaltung neuer Wahlen. „El Akdam“ schlägt die Einberufund eines allpalästinensischen arabischen Kongresses vor. „El Sassaat Mustakim“ gibt bekannt, daß während der Abstimmung viele Mitglieder der arabischen Exekutive abwesend waren und daß Nichtmitglieder gestimmt haben.

Jerusalem, 17. Januar. (JTA.) Die Aussöhnung der beiden arabischen Gruppen hat zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Delegation geführt. Als Mitglieder der Delegation sind jetzt bestimmt: der Großmufti von Jerusalem, Hadsch Amin el Husseini, der Bürgermeister von Jerusalem, Ragheb Nashashibi, Auni Bey Abdul Hadi, Moghanan Elias Effendi Moghanan, ferner Fakhri Nashashibi, der Neffe und Sekretär von Ragheb Bey, und Dschemal es Husseini. Moghanan Effendi, der bei der ersten Wahl abgelehnt worden war, und Fakhri Nashashibi treten neu in die Delegation ein. Ausgeschieden ist der einer deutschen Kreuzfahrerfamilie entstammende Christ Alfred Roch. Musa Kazim Pascha, der Führer der ersten arabischen London-Delegation, gehört der jetzigen Delegation, die vom Mufti geführt wird, nicht an.

Personalia

München. Am 26. Januar feiern Herr und Frau Bernhard Wadler ihre goldene Hochzeit. Herr Wadler, der sich um die Münchener ostjüdische Gemeinschaft große Verdienste erworben hat, besonders durch seine Tätigkeit bei der Gründung des Vereins Linath Hazedek und späterhin bei der Gründung der Talmud-Thora-Schule, wird aus diesem Anlaß sicherlich Gegenstand zahlreicher Ehrungen sein. Auch wir entbieten dem Paar unsere herzlichsten Glückwünsche.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Das fünfundzwanzigjährige Stiftungsfest der VJA.

Am 19. Januar beging die Vereinigung jüdischer Akademiker an der Universität München im Festsaal des Regina-Palast-Hotels das Fest ihres fünfundzwanzigjährigen Bestehens. Die Feier wurde durch drei vom jüdischen Kammerorchester unter Leitung von Heinrich Lamm stilgerecht vorgetragene Stücke alter Musik eingeleitet. Der Präsident der Vereinigung, Hermann Mandelbaum, begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Gäste und Delegierten auswärtiger Bundesvereinigungen. Nach ihm sprach namens der allen Herren Rabbiner Dr. Ernst Ehrentreu, vom Bundespräsidium Dr. Joseph Stern (Berlin), im Auftrag der Kultusgemeinde und des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer und für die Religionsgesellschaft „Ohel Jakob“ Justizrat Dr. Max Feuchtwanger.

Die Redner betonten die Wichtigkeit eines Zusammenschlusses aller gesetzestreuen jüdischen Akademiker in einer Zeit, in der kulturelle Bestand des Judentums mehr denn je gefährdet sei. Nur die Verbindung von alter Tradition mit moderner Wissenschaft, „Thora im derech erez,“ könne dem Ansturm der religions- und judenfeindlichen Umwelt trotzen.

Als Hauptredner des Abends ergriff Rabbiner Dr. Klein (Nürnberg) das Wort zum Festvortrag über das Thema: „Kulturjudentum und Chassidismus.“ Der Referent führte aus, daß nicht grundsätzliche Gegensätze in der Auffassung der Gotteslehre die Bildung der beiden äußerlich so verschiedenen Richtungen im Judentum hervorriefen, sondern nur Abweichungen in der Religionsausübung. Der Chassidismus, die mystische Bewegung des Judentums, betont besonders stark das Gefühlsmoment in der Religion und sucht so das zu erreichen, was das Kulturjudentum mehr verstandesmäßig durch seine rabbinische Gesetzgebung anstrebt. Ziel und Wille aber ist beiden Bewegungen gemeinsam: Die Vervollkommnung des Menschen in der von der Thora vorgeschriebenen Weise.

Die großangelegte Rede riß die Versammlung zu stürmischen Beifall hin. Ein Bachsches Konzert für Klavier und Streichorchester, dessen Klavierpart Dr. August Feuchtwanger vollendet vortrug, beschloß die eindrucksvolle Feier, die ein sprechendes Bild von der geistigen Regsamkeit der orthodoxen akademischen Jugend gab.

Menny Ascher.

Kinderfest im Steinickesaal.

Eine wirkliche Festesstimmung war bei dem Kinderfest im Steinickesaal, das die Schülerinnen des Luisengymnasiums und Lyzeums am Sonntag, den 19. Januar, veranstaltet haben. Hertha Aufsesser und Gabriella Rosenthal hatten den Plan für diesen Abend gefaßt aus eigenem Antrieb, aus dem Wunsche heraus, den Kindern zu helfen, die in Palästina gelitten hatten unter den blutigen Angriffen der Araber. Und sie haben diesen Plan durchgeführt unter mannigfachen Schwierigkeiten und obwohl sie Widerstände fanden, wo Hilfe selbstverständlich gewesen wäre. Einfach und sachlich klang es aus der kurzen Ansprache, die die Feier eröffnete: Kinder haben hier ganz aus eigener Kraft für Kinder gearbeitet und wir müssen gestehen, es ist ihnen über Erwarten gut gelungen. Ein reizender Solotanz, am Anfang kindlich und graziös zugleich, ein lustiger Groteskatanz von „sechs Lausbuben“ und als Hauptstück die Begeisterung auch der Allerkleinsten, die in großer Zahl erschienen waren, bildete die Josephsgeschichte. Der Text, dem diesjährigen jüdischen Kinderkalender entnommen, klang gut vorgetragen, weit besser als beim Lesen, und die dunklen Gestalten, die sich als Schatten auf der Leinwand bewegten, waren charakteristisch und humorvoll zugleich, voller Leben und Bewegung. Nicht vergessen sei auch des fast zu gutmütigen Zauberers, der sich zum Schlusse der Kinderschar kaum mehr erwehren konnte. In der Pause sammelten sich Scharen von Kindern um den Stand von Kuchen und Torten; und lebensgefährlich wurde das Gedränge beim lustigen Angeln, wo man zwar keine Fische, aber sonst alle möglichen Kostbarkeiten fangen konnte. Viele davon haben die Schülerinnen selbst verfertigt. Nicht nur den Kindern, sondern auch den Erwachsenen haben sie Freude bereitet, aber das größte Glück werden sie selbst empfinden. Freude über das gelungene Werk und die Genugtuung, die Summe von 600 RM. den notleidenden Kindern nach Palästina schicken zu können.

J. S.

Wo so viel Jugendarbeit anzuerkennen ist, sei auch einer jugendlichen Korrespondentin das Wort erteilt:

Ein überfüllter Saal — eine gemütliche, zwanglose Stimmung — ein durchschlagender Erfolg! Das erste war ein hübscher Galopp, getanzt von einem noch netteren Mädchen. Dann folgte eine kurze Ansprache, dann ein Schattenspiel: die Josephsgeschichte. Es war sehr hübsch und durch die gut gelesenen Begleitworte noch wirkungsvoller. In der Pause lockte ein Angelspiel und ein Kuchenstand, die zum Einheitspreis von 30 Rpf. lauter feine Sachen bescherten. Der Zauberer verstand es vortrefflich, mit seiner herrlichen Formel: „Abra, kadabra, gaskandelabra“, die Kinder in seinen Bann zu ziehen, daß sie jubelnd auf die Bühne stürzten. Den Schluß bildete ein sehr hübscher Lausbubentanz. — Alle Achtung vor den Mädels, denen dieses Fest so glänzend gelang!

T.

Ort-Aktion in München. Die „Ort“-Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden, Abteilung Deutschland, von der sich in den letzten Tagen nach dem Vorgang zahlreicher anderer deutschen Städte auch in München ein Arbeitskomitee gebildet hat, das sich aus Angehörigen aller Gruppen der Münchener Gemeinde zusammensetzt, veranstaltete am Dienstag, 21. Januar, im Museumssaale einen aufklärenden Lichtbildervortrag. Nachdem Herr R.-A. Dr. Alfred Werner im Namen des einladenden Komitees den Abend mit einer kurzen Ansprache eröffnet hatte, referierte Herr Dr. Michael Traub (Berlin), der Generalsekretär des Ort, über „Jüdische Aufbauarbeit in der Werkstatt und auf der Scholle“. Seine instruktiven Ausführungen über die unvorstellbar schlimme wirtschaftliche Situation der europäischen Juden vor und nach dem Kriege, über die Art, wie die Gesellschaft Ort versucht, helfend einzugreifen, über die Notwendigkeit dieser Arbeit, ihre nächsten Aufgaben, Ziele und bisherigen Erfolge fanden den Beifall der interessierten Zuhörerschaft; eine Reihe von Lichtbildern unterstützte die Darlegungen des Referenten. Nach dem Vortrag forderten Herr Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, Herr Justizrat Dr. Carl Blumenstein und in seinen abschließenden Worten auch Herr R.-A. Dr. Werner die Anwesenden auf, das große Werk des Ort mit allen Kräften zu unterstützen.

Zionistische Ortsgruppe München. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung wird am Donnerstag, 6. Februar 1930, abends 8.30 Uhr, im Bibliotheksaal, Herzog-Max-Straße 7, abgehalten. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Ressortleiter, 2. Kassenbericht, 3. Entlastung und Neuwahl, 4. Aussprache über zionistische Tagesfragen. Anträge zur Generalversammlung sind bis spätestens 30. Januar 1930 schriftlich einzureichen. Die Mitglieder werden gebeten, sich den 6. Februar frei zu halten.

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania“. Sonntag, 26. Januar, 8 Uhr: Vortrag Dr. Lubinski, Concordiasaal, Prannerstraße 4. Montag, 27. Januar, 8.30 Uhr: Jungzionistischer Arbeitskreis im Heim. Mittwoch, 29. Januar, 8 Uhr: Turnen. Donnerstag, 30. Januar, 8 Uhr: c. t. A.-C. wegen Ball off., anschließend Burschenkurs. Sonntag, 2. Februar: Ball. Dienstag, 4. Februar, 8.30 Uhr: Fuxenkurs. Mittwoch, 5. Februar, 8 Uhr: Turnen. Donnerstag, 6. Februar, 8.30 Uhr: Ortsgruppengeneralversammlung.

Kadimah München. a) Zeitung: Bezüglich der Redaktion unserer Zeitung wird hiermit berichtigt, daß die vorläufige Redaktion für die nächste Nummer, die als Purimnummer gedacht ist, Fritz Rosenthal, Öttingenstraße 23/I, übernommen hat. Um Beiträge (auch von den Bokrim) wird ersucht. — b) Jungzionistischer Arbeitskreis: Zu der in dieser Nummer des „Echo“ angezeigten Zusammenkunft des J.Z.A. sollen alle Bokrim und älteren Mädchen erscheinen. Unsere Ortsbundsleiterin Isa Strauß wird über Nationalismus sprechen.

Makkabiade 1932 in Palästina. Der Makkabi-Weltverband veranstaltet 1932 eine Sportveranstaltung, an der sämtliche dem Weltverband angeschlossenen Kreise teilnehmen werden. Anläßlich der Zusammenkunft aller jüdischen Sportler veranstaltet der Deutsche Kreis eine Palästinafahrt, an der sich jedermann beteiligen kann. Es ist Gelegenheit geboten, zu ganz enorm billigen Preisen diese Reise mitzumachen. Die Abteilungsleiter werden auf dem Turnboden nochmals darauf hinweisen und verschiedene Aufschlüsse erteilen.

Die Vorstandschaft.

Sportabteilung Bar-Kochba, München. Das Training findet, wie immer, jeden Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr in dem oberen Turnsaal von „Jahn“ statt. Wir erwarten zu den nächsten Abenden sämtliche Aktive. — Morgen vormittag trägt die erste Handballmannschaft ein Wettspiel gegen eine kombinierte Mannschaft des ASV. aus. Die aufgestellten Spieler haben pünktlich zu der ihnen angegebenen Zeit zu erscheinen. Unsere Skiriege veranstaltet jeden Sonntag eine Tour. Auch Anfänger können sich daran beteiligen. Auskunft erteilt der Leiter der Skiriege, Jos. Gelbart, Reichenbachstraße 28, Telephon 27 5 43.

Die Leitung.

Bar-Kochba, Schülerfußballabteilung. Trainingszeiten: Sonntag vormittags ab 10 Uhr Fußballtraining am Säbener Sportplatz. Freundschaftsspiel gegen 1860 Jugend V; Dienstag von 6 bis halb 9 Uhr Gymnastik in der Luisenschule; Samstag, 1. Februar, 3 Uhr Heimnachmittag bei Max Kalter, Kanalstraße 8. Am Sonntag, 26. Januar, abends 8 Uhr, findet im Concordiasaal, Prannerstraße 4, eine Jugendkundgebung statt, zu der alle erscheinen müssen. Eintritt frei!

M. K.

Bar-Kochba, München. Am 16. Februar findet in den herrlich geschmückten Räumen des Regina-

Palast-Hotels der diesjährige Maskenball statt. Alle Mitglieder und Freunde bitten wir, diesen Tag freizuhalten. Alles Nähere in den nächsten Nummern dieses Blattes. Die Vorstandschaft.

Jüdischer Jugendverein München. Wir machen unsere Mitglieder auf den Vortrag von Herrn Dr. Georg Lubinski (Berlin) über „Aufgaben der jüdischen Jugend in unserer Zeit“ am Sonntag, dem 26. Januar, 20 Uhr, im Concordiasaal, Prannerstraße 4, aufmerksam. Da der Abend die erste gemeinsame und programmatische Veranstaltung der jüdischen Jugend zur Gründung eines Jugendheimes darstellen wird, ist es die Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Eintritt frei!

Donnerstag, 30. Januar: Ordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Entlastung der Vorstandschaft, 3. Neuwahl der Vorstandschaft, 4. Anträge und Sonstiges.

Arbeitsgemeinschaften. Bibliotheksaal 20.30 Uhr. Bibelkurs. Leiter: Präparandenlehrer Hirnheimer. „Der Prophet Hosea.“ Alle 14 Tage (4. Februar 1930). 2. Diskussionsabende. Leiter: Dr. Siegfried Kessler. „Das Judentum und seine Umwelt.“ Alle 14 Tage (28. Januar).

Freitagabendfeiern. Die Freitagabendfeiern finden regelmäßig in der Herzog-Max-Straße 3/I, 20.30 Uhr, statt. (Leitung wie bekannt.) Alle jungen Juden Münchens, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sind herzlich willkommen.

Junggruppe. Heimnachmittage jeden Samstag, Herzog-Max-Straße 3/I. a) Pimpfe und Mittlere um 15 Uhr, b) Älterengruppe um 17 Uhr.

Jüdischer Gesangverein München. Der Jüdische Gesangverein e. V. München hielt am 7. Januar 1930 seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden, Rechnungslegung usw. erfolgte die Entlastung des Gesamtvorstandes. Der ausscheidenden bisherigen 1. Vorsitzenden, Frau Justizrat Dr. Dreifuß, wurde der Dank und die wärmste Anerkennung für ihre vorbildliche Tätigkeit ausgesprochen. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender, Zahnarzt Kurt Bettsack; stellvertretender Vorsitzender: Max Landmann; 1. Schriftführer: Joseph Silbermann; 2. Schriftführer: Alfred Hirsch; Kassier: David Goldberg. Sodann wurden noch die satzungsgemäß vorgeschriebenen Ausschüsse gewählt.

Nach längerer Pause beabsichtigt der Verein wieder mit einer größeren gesellschaftlichen Veranstaltung an die Öffentlichkeit zu treten, um den Mitgliedern sowie den Freunden und Gönnern des Vereins Gelegenheit zu geben, auch wieder in geselligen Konnex zu treten. Die gegebene Veranlassung hierzu gäbe das Purimfest. Da dieses aber immer in die tanzlose Fastenzeit fällt, beabsichtigen wir als Purimvorfeier ein Faschingsfest zu veranstalten, das am Faschingssamstag, dem 1. März 1930, unter dem zeitgemäßen Motto: Hulla di Mechulla in den oberen Sälen des Hotels Bayerischer Hof stattfinden soll. Der Eintrittspreis ist, soweit die beträchtlichen Kosten es zulassen, mit 2 RM. so niedrig als möglich angesetzt worden. Viele Überraschungen sowohl bezüglich der mitwirkenden künstlerischen Kräfte sowie Preise für die schönsten Kostüme, Tanzpreise usw. sind vorgesehen. Die Festleitung, die hiermit auch die passiven Vereinsmitglieder besonders herzlich einladet, wird sich alle Mühe geben, daß diese seit langem wieder erstmalige größere Vereinsfestlichkeit sich zu einem vollen Erfolg gestalten möge.

Das Jüdische Kammerorchester München gedenkt mit Trauer und Dank seines Mitgründers und -leiters Franz Kleinbauer, dessen Tod sich in diesen Tagen jährte.

Das Jüdische Kammerorchester beabsichtigt bei einer größeren Veranstaltung in der zweiten Märzwoche u. a. mehrere Kanons für Singstimmen und Instrumente von Paul Hindemith (op. 44) aufzuführen. Der Leiter des Orchesters, cand. med. Heinrich Lamm, Bruderstraße 12 (Fernruf 23901), bittet Sänger und Sängerinnen, die Lust zur Mitwirkung haben und die Anfangsgründe des Notensingens kennen, um eilige Angabe ihrer Anschrift. Die Proben werden wahrscheinlich Mittwochs von 19 bis 20.30 Uhr im Lessingsaal sein. Man wolle angeben, ob man zu dieser Zeit zur Probe kommen kann und wenn nicht, wann sonst.

Die Mitglieder des Orchesters werden nochmals auf die Jugendkundgebung am Sonntag, 26. Jan. 1930, 20 Uhr, im Konkordiasaale, Prannerstraße 4, aufmerksam gemacht und aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Wegen zweier wichtiger Veranstaltungen und anderer, gründliche Arbeit erfordernder Pläne werden die Mitglieder zu regelmäßigem Besuch der Übungsabende aufgefordert.

In der nächsten Zeit werden studiert werden: Pergolese, La serva padrona; Vivaldi, Concerto grosso; Händel Wassermusik; Mozart, Serenade für zwei Orchester; Hindemith, Ein Jäger aus Kurpfalz u. a.

Gute Streicher und Bläser sind jederzeit in den Übungsabenden willkommen. Diese sind jeden Mittwoch von 20.30 Uhr an im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Erdgeschoß, Rückgebäude.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Am Donnerstag, dem 9. Januar, fand in unserer Ortsgruppe die Berichterstattung über den außerordentlichen Delegiertentag in Jena statt.

Als Vertreter der Allgemeinen Zionisten sprach Herr Harry Bein, der zunächst den allgemeinen Verlauf der Tagung schilderte, und sodann, ausgehend von Weizmanns Rede, die von der Fraktion der Allgemeinen Zionisten auf dem Delegiertentag eingeschlagene Politik ausführlich darlegte und begründete.

Herr Dr. Strauß-Reich, Delegierter der Gruppe der sozialistischen Zionisten kennzeichnete in prägnanter Weise die Schwierigkeiten, die seine Fraktion auf dem Delegiertentag zu bestehen hatte, da sie das Zünglein an der Waage bildete.

Für den Misrachi sprach Herr Dr. Isak Bamberger, der unter anderem in Kürze die schwere Aufgabe skizzierte, für religiös-kulturelle, politische und wirtschaftliche Forderungen eine einheitliche Form zu finden, eine Lage, die der des deutschen Zentrums nicht unähnlich sei.

Herr Dr. M. Nußbaum ergänzte die Ausführungen des Herrn Bein und betonte, daß die Ergebnisse des Delegiertentages befriedigend gewesen seien und man hoffen und erwarten dürfe, daß nunmehr die Arbeit ungestört ihren Fortgang finden werde.

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565



Fernsprecher München 297 449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland Berlin W 15
Meinekestraße Nr. 10

Münchener Spendenausweis Nr. 11
vom 15.—21. Januar 1930

Jakob-Dribinsky-Garten. Herr und Frau S. Orljansky grat. zur Verlobung Kluger und Frau Tuchmann zum 60. Geburatstag 1 B. 6.—, Frau Orljansky anläßl. Jahrzeit ihres Vaters 1 B. 6.— = 12.—.

Goldenes Buch Zionistische Ortsgruppe München. Familie Benno Lamm grat. Herrn Dr. August Feuchtwanger zum 60. Geburtstag 2.—, Herr und Frau Justin Lichtenauer desgl. 2.— = 4.—.

Allgemeine Spenden. Herr und Frau Joseph Goldmann grat. Frau Tuchmann zum 60. Geburtstag 1.—; Materialverkauf: 1 N.F.-Telegramm —.50.

Büchsen. Dr. Gustav Böhm 19.66, Artur Bensinger 5.—, Jonas Heß 3.—, Louis Adler 1.15, J. Seligmann 1.12, Frau R. Stadler 1.— = 31.93.

Summa: 49.43 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 3043.02 RM.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Familie Saposchnik gratuliert Familie Kluger zur Verlobung ihres Sohnes, Herrn und Frau Fleischer zum Enkelkind, Frau Tuchmann zum 60. Geburtstag 2.—; Familie R. Minikes-Simann gratuliert Frau Tuchmann zum 60. Geburtstag, Familie Kluger zur Verlobung ihres Sohnes 2.—; Familie B. Goldberg gratuliert Herrn und Frau Ziegler zum Töchterchen, Frau G. Tuchmann zum 60. Geburtstag, Mina Reinheimer und Tobiasch zur Verlobung 1.—; M. Schumer und Frau gratulieren Mira Reinheimer und Tobiasch zur Verlobung und Frau G. Tuchmann zum 60. Geburtstag 2.—.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 17. Januar 1930

Spendenbuch. Hermann und Caro Oppenheimer-Wollner anläßlich ihrer Vermählung 20.—.

Allgemeine Spenden. Erlös einer amerikanischen Versteigerung anläßlich Schabbathfeier der Ostjüdischen Sektion 25.60.

Büchsen. Frl. Fanny Meinhardt (Wilhermsdorf) 5.15, Lichtenstein 1.75 ,Caspary 1.75.

Summa: 54.25 RM.

Seit 1. Oktober aufgebracht 2125.06 RM.

MIRA REINHEIMER
PINCHAS TOBIASCH
grüßen als
Verlobte

MÜNCHEN, Januar 1930
Tumblingerstraße 14/III

Statt Karten

Hermann Knoblauch
Emma Knoblauch
geb. Neuwirth
Vermählte

München, כו בטבת לפ״ק

Trauung, Sonntag, den 26. Januar 1930, 14 Uhr, im Betsaal, Herzog-Max-Straße 5

Die Geburt eines gesunden Mädchens zeigen hocherfreut an
Rudolf Rehfeldt und Frau Rosa
geb. Fleischer
STETTIN, Januar 1930
Klosterstraße 6

Die glückliche Geburt eines Sohnes zeigen hocherfreut an
Moritz Zinn und Frau Selma
geb. Schaller
München, Januar 1930
Trappentreustraße 38

Statt Karten

Zu der am 1. Februar 1930 im Betsaal ADASS JESCHURUN stattfindenden בר מצבה *unseres Sohnes Albert laden wir Freunde und Bekannte herzlichst ein.*

München, Bayerstraße 83/I *S. NEUSS UND FRAU*

FRAU GISELA TUCHMANN

sagt allen Verwandten, Bekannten und Freunden herzlichsten Dank für die ihr anläßlich des sechzigsten Geburtstages erwiesenen Aufmerksamkeiten.

München, Januar 1930.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.